

M E I N U N G

Makroökonomie und Arbeitsmarkt



Mit einem energischen Sparziel von 30 Milliarden DM für den Bundeshaushalt 2000 hat die deutsche Regierung ein bemerkenswertes Signal gesetzt. Angesichts eines Schuldenberges von inzwischen mehr als 1,6 Billionen DM und der Tatsache, daß bereits jede vierte Mark des Staatsetats für den Schuldendienst aufgebracht werden muß, erscheint dies als ein Befreiungsschlag, der die politische Handlungsfähigkeit wiederherstellt. Ein mittelfristig ausgeglichener Haushalt rückt ins Blickfeld. Vielfach wird die Budgetkürzung bereits als Politikwechsel gepriesen, der die seit dem Neuantritt der Regierung im vergangenen Herbst angestoßene Diskussion um die Neubelebung einer antizyklischen keynesianischen Wirtschaftspolitik endgültig beenden könnte.

Doch das wäre mitnichten richtig. Die keynesianische Wirtschaftspolitik vergangener Jahre war nicht etwa sachlich-wissenschaftlich falsch, sondern hatte sich als politisch schwer umsetzbar erwiesen. Lange, unkontrollierbare Wirkungsverzögerungen der Maßnahmen und die Unfähigkeit der politischen Instanzen zum Abbau der Staatsverschuldung in Zeiten konjunktureller Erholung waren

die wesentlichen Gründe für ihre Ablösung. Die süße Verführung der Verschuldung hatte den Rausch der Überzeugung geschaffen, der aktive Staat hätte mit der Fiskalpolitik alle ökonomischen Probleme im Griff.

Makropolitik war deshalb über mehr als die letzte Dekade primär Anti-Inflationspolitik. Die Ideologie der quantitativ orientierten Geldpolitik der Deutschen Bundesbank hatte dabei zwar unverkennbare Erfolge, aber mehr durch die moralische Kraft der zelebrierten Ankündigungen von Geldmengenzielen, als durch ihre Realisierung und die harten empirischen Fakten nachweisbarer Wirkungsbeziehungen. Der Zusammenhang zwischen Geldmengenentwicklung und Inflation war schon viele Jahre vor Einführung des Euro zerbrochen.

Mit dem Vertrag von Maastricht haben wir im übrigen einen Gutteil der makroökonomischen Instrumente an der Garderobe der Wirtschaftsgeschichte abgegeben. Die Geldpolitik wurde an ein unabhängiges europäisches Expertengremium delegiert, das sich nur der Inflationsbekämpfung verpflichtet fühlt. Die nationalen Fiskalpolitiken sind ferner durch den europäischen Stabilitätspakt weitgehend gebändigt, der geradezu als Dokument des Sieges der konservativen Wirtschaftspolitik und Instrument ihrer Zementierung erscheint. Daß dies angesichts der hohen persistenten Arbeitslosigkeitsraten möglich war, ist mehr als erstaunlich.

Die schwierige Arbeitsmarktlage, die zentrale wirtschaftspolitische Frage unserer Zeit, ist insbesondere ein Problem ungelerner Arbeitskräfte, die im Zuge des technischen Fortschritts wegen mangelnder Anpassungsfähigkeit und zu hoher Löhne zunehmend freigesetzt werden. Für gelernte und andere qualifizierte Beschäftigte finden wir in Deutschland wie auch anderswo in Westeuropa weitgehende

Vollbeschäftigung. An dieser Ausgangslage muß sich auch eine makroorientierte Arbeitsmarktpolitik ausrichten.

Die Ende letzten Jahres erfolgte Lockerung der Zinsschraube durch die europäischen Zentralbanken und die Zinssenkung der neuen Europäischen Zentralbank im Frühjahr dieses Jahres waren Zugeständnisse an die europäische Konjunktur- und Beschäftigungsentwicklung. Sie zeigen, daß eine vorsichtige antizyklische Geldpolitik möglich ist. Die Zinssenkungen waren konjunkturpolitisch ebensowenig falsch wie die 1999 weniger stabilitätsorientierte deutsche Budgetpolitik. Daraus konnte eine willkommene Stabilisierung der Nachfrage werden, die - wenn auch zeitverzögert - zu Beschäftigungsimpulsen führen wird.

Denn der Arbeitsmarkt reagiert, wie die letzten europäischen Rezessionen gezeigt haben, sehr sensibel auf die Nachfrageentwicklung. Von einer Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung kann nicht gesprochen werden - im Gegenteil. Ungelernte werden von konjunkturellen Verwerfungen stärker erfaßt. Nachfragestabilisierungen haben folglich ihren arbeitsmarktpolitischen Sinn. Sie schaffen auch Luft für eine strukturorientierte Arbeitsmarktpolitik.

Das für 2000 geplante schlankere Staatsbudget trifft auf eine Phase konjunktureller Stärke, ist also auch konjunkturpolitisch richtig. Die dadurch mittelfristig mögliche Entlastung von Wirtschaft und Gesellschaft könnte Wachstum und Konjunktur stärken. Eine vorsichtige, konjunkturorientierte Makropolitik ist weiter nötig und auch möglich, wenn sie sich an einem langfristigen Budgetausgleich orientiert.

K. F. Zimmermann



Forschungsinstitut
zur Zukunft
der Arbeit

IMPRESSUM:

Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
Redaktion: Holger Hinte
IZA, Postfach 7240, D-53072 Bonn
Tel. (02 28) 38 94 222, Fax (02 28) 38 94 210
e-mail: compact@iza.org
Grafiken/Fotos: IZA
Layout/Druck: Verlag Erik Dynowski,
Köln